



Rosenstadt | ZWEIBRÜCKEN

01.06.2016

Niederschrift (öffentlicher Teil)

über die 18. Sitzung des Stadtrates am Mittwoch, dem 25.05.2016, 17:00 Uhr, im Ratssaal,
Eingang Schillerstraße

Anwesend:

Vorsitz

Oberbürgermeister Kurt Pirmann

Stadtvorstand

Rolf Franzen

Beigeordneter Henno Pirmann

Ratsmitglieder

Ibrahim Al-Saffar

Evelyne Cleemann

Pascal Dahler

Judith Dahlhauser

Bernhard Düker

Thomas Eckerlein

Christian Gauf

Thorsten Gries

(ab 17.05 Uhr, Mitte TOP I/1)

Gerhard Hemmer

Ingrid Kaiser

Annegret Kirchner

Hannelore Krauskopf

Elisabeth Metzger

Stephane Moulin

Volker Neubert

Matthias Nunold

Dr. Wolfgang Ohler

Dr. Norbert Pohlmann

Fritz Presl

Christina Rauch

(ab 17.06, Beginn TOP I/2)

Josef Reich

Walter Rimbrecht

Achim Ruf

Dr. Dietmar Runge

Gertrud Schanne-Raab

18. Sitzung des Stadtrates am 25.05.2016

Gertrud Schiller
Bernhard Schneider
Dirk Schneider
Peter Schönborn
Elke Streuber
Pervin Taze
Gabriele Vogelgesang
Manfred Weber
Sabine Wilhelm

Protokollführung

Luca Marie Brand

von der Verwaltung

Werner Boßlet	(UBZ)
Heinz Braun	(Pressestelle)
Dr. Annegret Bucher	(Rechtsamt)
Benedikt Burkey	(Rechnungsprüfungsamt)
Martin Deller	(PR)
Dr. Julian Dormann	(Kämmerei)
Harald Ehrmann	(Bauamt)
Hermann Eitel	(Bauamt)
Dr. Helmut Ertel	(VHS)
Jörg Eschmann	(Hauptamt)
Nadine Hartmann	(Bauamt)
Birgit Heintz	(Amt für soziale Leistungen)
Thilo Huble	(Kultur- und Verkehrsamt)
Richard Körner	(Hauptamt)
Steffen Mannschatz	(UBZ)
Thorsten Schuhmacher	(Stadtwerke)
Kerstin Wystub	(Personalamt)

Abwesend:

Stadtvorstand

Beigeordneter Henno Pirmann

Ratsmitglieder

Gerhard Burkei
Hedi Danner
Kurt Dettweiler
Christian Fochs
Dr. Christoph Gensch
Maria Goos-Hoefer

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Wahl einer stellvertretenden Schiedsperson für den Schiedsamsbezirk Zweibrücken
Vorlage: 10/0449/2016
- 2 Genehmigung von über- bzw. außerplanmäßigen Aufwendungen / Auszahlungen
Vorlage: 20/0450/2016
- 3 Wiederkehrende Beiträge für den Ausbau von Verkehrsanlagen;
Straßenausbauprogramm der Abrechnungseinheiten für den Zeitraum 2016-2020
Vorlage: 60/0458/2016
- 4 Bauleitplanung;
Flächennutzungsplan Teiländerung 14 „Umfeld DOZ“
des Flächennutzungsplans der Stadt Zweibrücken
- Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB
Vorlage: 60/0455/2016
- 5 Bauleitplanung;
Aufstellung des Bebauungsplanes IX17/5 „Gewerbegebiet Süd“,
5. Änderung im vereinfachten Verfahren gem. § 13 BauGB
- Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB
- Beschluss zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange
gem. § 13 Abs. 2 Nr. 3 BauGB
- Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 13 Abs. 2 Nr. 2 BauGB (Öf-
fentliche Auslegung)
Vorlage: 60/0456/2016
- 6 Bauleitplanung;
Aufstellung des Bebauungsplanes EW6/2 „Gewerbegebiet Saarpfalzstraße“
2. Änderung im vereinfachten Verfahren gem. § 13 BauGB
- Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB
- Beschluss zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange
gem. § 13 Abs. 2 Nr. 3 BauGB
- Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 13 Abs. 2 Nr. 2 BauGB (Öf-
fentliche Auslegung)
Vorlage: 60/0457/2016
- 7 Bauleitplanung;
Aufstellung des Bebauungsplanes BH33/1 „Ehemalige Landwirtschaftsschule Jaco-
bystraße“ 1. Teiländerung im vereinfachten Verfahren gem. § 13 BauGB
- Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB
- Beschluss zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange
gem. § 13 Abs. 2 Nr. 3 BauGB
- Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 13 Abs. 2 Nr. 2 BauGB (Öf-
fentliche Auslegung)
Vorlage: 60/0461/2016

18. Sitzung des Stadtrates am 25.05.2016

- 8 Antrag: Auskunft über ein mögliches Präventionsprojekt gegen Altersarmut
Information über Grundsicherung und bei Erwerbsminderung SGB XII Armutsprävention bei Rentnerinnen und Rentnern;
Antrag der Fraktion "Die Linke"
Vorlage: 10/0464/2016
- 9 Antrag: VHS Zweibrücken / Perspektive Integrationskurse
Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
Vorlage: 10/0466/2016
- 10 Vollzug des § 94 Abs. 3 GemO, Annahme von Spenden
Vorlage: 10/0452/2016
- 11 Anfragen von Ratsmitgliedern

II. Nichtöffentlicher Teil

- 1 + 2 Personalangelegenheit
- 3 Anfragen von Ratsmitgliedern

18. Sitzung des Stadtrates am 25.05.2016

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr.
Er stellt die Beschlussfähigkeit sowie die form- und fristgerechte Einladung der Mitglieder fest.

I. Öffentlicher Teil

Punkt 1: **Wahl einer stellvertretenden Schiedsperson für den Schiedsamt-**
(öffentlich) **bezirk Zweibrücken**
 Vorlage: 10/0449/2016

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage und Frau Buch-Spohn stellt sich dem Stadtrat persönlich vor.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden beschließt der Stadtrat zunächst **e i n s t i m m i g**, dass die die Wahl offen mit Handzeichen erfolgen soll.

Der Stadtrat fasst **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Frau Rebecca Buch-Spohn wird dem Direktor des Amtsgerichts als stellvertretende Schiedsperson der Stadt Zweibrücken zur Berufung vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 33 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:
Amt 10

18. Sitzung des Stadtrates am 25.05.2016

Punkt 2: **Genehmigung von über- bzw. außerplanmäßigen Aufwendungen /**
(öffentlich) **Auszahlungen**
 Vorlage: 20/0450/2016

Ratsmitglied Rauch nimmt ab Beginn dieses Tagesordnungspunktes an der Sitzung teil.

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Den Anträgen der Ämter wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	34
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 34 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:
Amt 20

18. Sitzung des Stadtrates am 25.05.2016

Punkt 3: **Wiederkehrende Beiträge für den Ausbau von Verkehrsanlagen;
(öffentlich)** **Straßenausbauprogramm der Abrechnungseinheiten für den Zeit-
raum 2016-2020**
Vorlage: 60/0458/2016

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage und weist vorab darauf hin, dass die Situation in Bezug auf mögliche Ausschließungsgründe nach § 22 GemO für Grundstückseigentümer bzw. Anlieger der zum Ausbau bestimmten Straßen – auch nach Rücksprache mit Vertretern des Städtetages und des Innenministeriums – rechtlich nicht eindeutig zu bewerten sei. Er spricht daher die Empfehlung an die Ratsmitglieder aus, sich bei einer möglichen Befangenheit durch Wohnsitz in einer der betreffenden Straßen (gilt bis zum dritten Verwandtschaftsgrad) zur Sicherheit freiwillig von der Abstimmung zurückzuziehen. Die Ratsmitglieder erklären sich mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

Herr Eitel gibt zunächst ein paar allgemeine Informationen zu den Ausbauprogrammen (u.a. Auswahlkriterien und mögliche Zuschüsse) und stellt dann nacheinander die einzelnen Programme der sechs betroffenen Abrechnungseinheiten anhand einer Präsentation vor. Dabei wird über jedes Ausbauprogramm einzeln unmittelbar nach der jeweiligen Vorstellung abgestimmt.

Es ergibt sich folgende Vorstellungs- bzw. Abstimmungsreihenfolge:

1. Unterstadt

- Ausbaumaßnahmen:
 - Gehwege Landauer Straße (FINr 550/7) bis Bleicherstr.
 - Beleuchtung Landauer Straße (FINr 550/7) bis Bleicherstr.
 - Rosengartenstraße von Gutenbergstraße bis Freibad
 - Herzog-Wolfgang-Straße von Oselbachstraße bis Wilhelmstraße
 - Ausbau Straßenbeleuchtung an verschiedenen benannten Straßen
- Beitragssatz/m² pro Jahr: 0,14557 €

Ratsmitglied Dr. Ohler fragt nach, was es mit der „roten“ Markierung des Heckenwegs im gezeigten Plan auf sich habe.

Herr Eitel erklärt, dies sei die Bewertung der Firma GSA, habe allerdings mit dem Ausbauprogramm direkt nichts zu tun.

Ratsmitglied Dirk Schneider möchte wissen, wie hoch die Kosten für den zweiten Bauabschnitt der Herzog-Wolfgang-Straße sein werden.

Herr Eitel antwortet, aufgrund der Länge des Abschnittes könne man von ca. 500.000 bis 600.000,00 € ausgehen. Dies sei allerdings davon abhängig, wie sich die Preise in den nächsten Jahren entwickeln werden.

Ratsmitglied Dr. Pohlmann fragt nach der Lösung für die Maßnahmen in der Rosengartenstraße, da hier einige Platanen direkt an der Straße stehen, die nicht beschädigt werden sollten.

Herr Mannschatz antwortet, es werde ein Sicherheitsabstand zu den Bäumen gehalten. Zudem seien in diesem Bereich nicht Tiefen-, sondern lediglich Aufbauarbeiten ge-

18. Sitzung des Stadtrates am 25.05.2016

plant, um die Wurzeln nicht zu beschädigen. Dies habe keine Auswirkungen auf die Qualität der Maßnahme.

Ratsmitglied Nunold möchte wissen, ob die Ver- und Entsorgungsleitungen in der Rosengartenstraße erneuert werden. Herr Mannschatz erklärt, sobald der Beschluss gefasst sei, werde entsprechend geprüft, Rücksprache mit den Stadtwerken und anderen Beteiligten gehalten und Vereinbarungen getroffen.

Herr Eitel ergänzt, die konkrete Planung für die einzelnen Straßen werde noch einmal dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt, ehe mit der Maßnahme begonnen wird.

Auf Nachfrage erklärt sich nur Ratsmitglied Dr. Ohler bei der Abstimmung über das Ausbauprogramm dieser Abrechnungseinheit für befangen.

Der Stadtrat fasst **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss

Dem vorliegenden Ausbauprogramm für die Abrechnungseinheit „Unterstadt“ für den Abrechnungszeitraum 2016 bis 2020 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 33 Ratsmitglieder teil.

Ratsmitglied Dr. Ohler hat freiwillig nicht an der Abstimmung teilgenommen.

18. Sitzung des Stadtrates am 25.05.2016

2. Oberstadt

- Ausbaumaßnahmen:
 - Hilgardstraße
 - Higardplatz 1.BA
 - Augartenstraße
 - Strubbergstraße
 - Ausbau Straßenbeleuchtung an verschiedenen benannten Straßen
- Beitragssatz/m² pro Jahr: 0,14230 €

Ratsmitglied Schanne-Raab möchte wissen, ob die Dr.-Ehrensberger-Straße im nächsten Ausbauprogramm berücksichtigt werde.

Herr Eitel gibt an, dies sei durchaus denkbar.

Ratsmitglied Dirk Schneider spricht die Verteilung der Summen für die Straßenbeleuchtung auf mehrere Jahre an, die daraufhin von Herrn Eitel noch einmal erläutert wird.

Außerdem möchte er wissen, wie die Leuchten ausgewählt werden und ob es eine Möglichkeit der Mitsprache für Bürger gebe.

Der Vorsitzende antwortet, es werde im Stadtgebiet einheitliche Leuchten geben, die dem neusten Stand der Technik entsprechen und wirtschaftlich vernünftig sind.

Auf Nachfrage erklären sich folgende Ratsmitglieder bei der Abstimmung über das Ausbauprogramm dieser Abrechnungseinheit für befangen:

Eckerlein, Gauf, Kirchner, Moulin, Dr. Pohlmann, Taze.

Der Stadtrat fasst **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss

Dem vorliegenden Ausbauprogramm für die Abrechnungseinheit „Oberstadt“ für den Abrechnungszeitraum 2016 bis 2020 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	28
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 28 Ratsmitglieder teil.

Die Ratsmitglieder Eckerlein, Gauf, Kirchner, Moulin, Dr. Pohlmann und Taze haben freiwillig nicht an der Abstimmung teilgenommen.

18. Sitzung des Stadtrates am 25.05.2016

3. Oststadt

- Ausbaumaßnahmen:
 - Christoph-Knorr-Str.
 - Römerstraße
 - Ausbau Straßenbeleuchtung an verschiedenen benannten Straßen
- Beitragssatz/m² pro Jahr: 0,14113 €

Ratsmitglied Dirk Schneider fragt nach, wieso die Beleuchtung in der Stengelstraße nach diesem Programm nicht ausgebaut werde.

Herr Eitel antwortet, nach aktuellem Stand sei dies vom finanziellen Aufwand her nicht zu bewerkstelligen, eventuell könne die Straße in das folgende Programm mit aufgenommen werden. Änderungen des Programms könnten durch den Stadtrat generell auch nachträglich noch beschlossen werden.

Auf Nachfrage erklären sich folgende Ratsmitglieder bei der Abstimmung über das Ausbauprogramm dieser Abrechnungseinheit für befangen:
Dahlhauser, Kirchner, Rimbrecht, Dr. Runge, Schanne-Raab, Dirk Schneider.

Der Stadtrat fasst **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss

Dem vorliegenden Ausbauprogramm für die Abrechnungseinheit „Oststadt“ für den Abrechnungszeitraum 2016 bis 2020 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	28
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 28 Ratsmitglieder teil.

Die Ratsmitglieder Dahlhauser, Kirchner, Rimbrecht, Dr. Runge, Schanne-Raab und Dirk Schneider haben freiwillig nicht an der Abstimmung teilgenommen.

18. Sitzung des Stadtrates am 25.05.2016

4. Weststadt

- Ausbaumaßnahmen:
 - Tilsitstraße
 - Memelstraße
 - Ausbau Straßenbeleuchtung an verschiedenen benannten Straßen
- Beitragssatz/m² pro Jahr: 0,13994 €

Ratsmitglied Dirk Schneider möchte wissen, ob sichergestellt ist, dass alle möglichen Fördermittel beantragt werden und ob schon entsprechende Anträge gestellt seien. Herr Eitel gibt an, Förderungen können natürlich erst beantragt werden, wenn die Programme beschlossen worden sind. Darüber hinaus werde die Verwaltung selbstverständlich alle bestehenden Zuschussmöglichkeiten in Anspruch zu nehmen, sofern ein solcher besteht.

Ratsmitglied Kaiser spricht die Schlachthofstraße an, die in der aktuellen Planung bis 2020 noch nicht berücksichtigt ist.

Der Vorsitzende merkt an, dies sei bereits in der letzten Sitzung des Haupt- und Personalausschusses besprochen worden. Für die Schlachthofstraße reichen die Mittel nicht auch noch aus, es werde aber eine verträgliche Lösung gesucht.

Auf Nachfrage erklären sich folgende Ratsmitglieder bei der Abstimmung über das Ausbauprogramm dieser Abrechnungseinheit für befangen:
Dahler, Düker, Eckerlein, Neubert, Schönborn.

Der Stadtrat fasst **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss

Dem vorliegenden Ausbauprogramm für die Abrechnungseinheit „Weststadt“ für den Abrechnungszeitraum 2016 bis 2020 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	29
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 29 Ratsmitglieder teil.

Die Ratsmitglieder Dahler, Düker, Eckerlein, Neubert und Schönborn haben freiwillig nicht an der Abstimmung teilgenommen.

5. Niederauerbach

- Ausbaumaßnahmen:
 - Hofenfelsstr./Carl-Pöhlmann-Str.
 - Ausbau Straßenbeleuchtung an verschiedenen benannten Straßen
- Beitragssatz/m² pro Jahr: 0,14000 €

Auf Nachfrage erklären sich folgende Ratsmitglieder bei der Abstimmung über das Ausbauprogramm dieser Abrechnungseinheit für befangen:
Al-Saffar, Gries, Kaiser, Krauskopf, Moulin, Rauch.

Der Stadtrat fasst **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss

Dem vorliegenden Ausbauprogramm für die Abrechnungseinheit „Niederauerbach“ für den Abrechnungszeitraum 2016 bis 2020 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	28
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 28 Ratsmitglieder teil.
Die Ratsmitglieder Al-Saffar, Gries, Kaiser, Krauskopf, Moulin und Rauch haben freiwillig nicht an der Abstimmung teilgenommen.

6. Ernstweiler

- Ausbaumaßnahmen:
 - Ernstweilerhangstraße
 - Dr.-Eckner-Straße
 - Zeppelinstraße
- Beitragssatz/m² pro Jahr: 0,12910 €

Auf Nachfrage erklären sich folgende Ratsmitglieder bei der Abstimmung über das Ausbauprogramm dieser Abrechnungseinheit für befangen:
Gauf, Reich, Wilhelm.

Der Stadtrat fasst **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss

Dem vorliegenden Ausbauprogramm für die Abrechnungseinheit „Ernstweiler“ für den Abrechnungszeitraum 2016 bis 2020 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	31
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 31 Ratsmitglieder teil.
Die Ratsmitglieder Gauf, Reich und Wilhelm haben freiwillig nicht an der Abstimmung teilgenommen.

Verteiler:
Amt 60

18. Sitzung des Stadtrates am 25.05.2016

Punkt 4:
(öffentlich)

**Bauleitplanung;
Flächennutzungsplan Teiländerung 14 „Umfeld DOZ“
des Flächennutzungsplans der Stadt Zweibrücken
- Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB
Vorlage: 60/0455/2016**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **einstimmig** folgenden

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Aufstellung der Flächennutzungsplan Teiländerung 14 „Umfeld DOZ“ gem. § 2 Abs. 1 BauGB

Abstimmungsergebnis:

Ja:	34
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 34 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:
Amt 60

18. Sitzung des Stadtrates am 25.05.2016

Punkt 5: **(öffentlich)**

Bauleitplanung;

Aufstellung des Bebauungsplanes IX17/5 „Gewerbegebiet Süd“,

5. Änderung im vereinfachten Verfahren gem. § 13 BauGB

- Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB

- Beschluss zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 13 Abs. 2 Nr. 3 BauGB

- Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 13 Abs. 2 Nr. 2 BauGB (Öffentliche Auslegung)

Vorlage: 60/0456/2016

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **einstimmig** folgende

Beschlüsse:

1. Die Aufstellung des Bebauungsplanes IX17/5 „Gewerbegebiet Süd“ im vereinfachte Verfahren gem. § 13 BauGB wird gemäß § 2 Abs. 1 BauGB beschlossen. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist dem beiliegenden Lageplan (Anlage 2) zu entnehmen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Behörden und Träger öffentlicher Belange gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 3 BauGB zu beteiligen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Öffentlichkeit gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 2 BauGB zu beteiligen (Öffentliche Auslegung)

Abstimmungsergebnis:

Ja:	34
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 34 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:
Amt 60

Punkt 6:
(öffentlich)

Bauleitplanung;

Aufstellung des Bebauungsplanes EW6/2 „Gewerbegebiet Saarpfalzstraße“

2. Änderung im vereinfachten Verfahren gem. § 13 BauGB

- **Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB**

- **Beschluss zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 13 Abs. 2 Nr. 3 BauGB**

- **Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 13 Abs. 2 Nr. 2 BauGB (Öffentliche Auslegung)**

Vorlage: 60/0457/2016

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgende

Beschlüsse:

1. Die Aufstellung des Bebauungsplanes EW6/2 „Gewerbegebiet Saarpfalzstraße“ im vereinfachten Verfahren gem. § 13 BauGB wird gemäß § 2 Abs. 1 BauGB beschlossen. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist dem beiliegenden Lageplan (Anlage 2) zu entnehmen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Behörden und Träger öffentlicher Belange gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 3 BauGB zu beteiligen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Öffentlichkeit gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 2 BauGB zu beteiligen (Öffentliche Auslegung)

Abstimmungsergebnis:

Ja:	34
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 34 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:

Amt 60

Punkt 7:
(öffentlich)

Bauleitplanung;

Aufstellung des Bebauungsplanes BH33/1 „Ehemalige Landwirtschaftsschule Jacobystraße“ 1. Teiländerung im vereinfachten Verfahren gem. § 13 BauGB

- Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB

- Beschluss zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 13 Abs. 2 Nr. 3 BauGB

- Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 13 Abs. 2 Nr. 2 BauGB (Öffentliche Auslegung)

Vorlage: 60/0461/2016

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgende

Beschlüsse:

4. Die Aufstellung des Bebauungsplanes BH33/1 „Ehemalige Landwirtschaftsschule Jacobystraße“, 1. Teiländerung im vereinfachten Verfahren gem. § 13 BauGB wird gemäß § 2 Abs. 1 BauGB beschlossen. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist dem beiliegenden Lageplan (Anlage 2) zu entnehmen.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, die Behörden und Träger öffentlicher Belange gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 3 BauGB zu beteiligen.
6. Die Verwaltung wird beauftragt, die Öffentlichkeit gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 2 BauGB zu beteiligen (Öffentliche Auslegung).

Abstimmungsergebnis:

Ja:	34
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 34 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:

Amt 60

Punkt 8:
(öffentlich)

Antrag: Auskunft über ein mögliches Präventionsprojekt gegen Altersarmut

Information über Grundsicherung und bei Erwerbsminderung SGB XII Armutsprävention bei Rentnerinnen und Rentnern;

Antrag der Fraktion "Die Linke"

Vorlage: 10/0464/2016

Ratsmitglied Nunold stellt den Inhalt des Antrages der Fraktion „Die Linke“ vor. Es gehe im Wesentlichen um die Bitte an die Verwaltung, die Möglichkeit einer Informationskampagne zu prüfen, mit der Altersarmut präventiv entgegen gewirkt werden soll.

Der Vorsitzende geht zunächst darauf ein, dass es sich um Aufgaben des Bundes handle, die die Kommunen als Auftragsangelegenheit wahrnehmen. Nach Rücksprache mit den zuständigen Stellen gebe es derzeit einige Möglichkeiten, über die Menschen auf entsprechende Hilfen aufmerksam gemacht werden, z.B.:

- Den Rentenbescheiden sind entsprechende Belehrungen beigelegt.
- Beim Jobcenter werden ebenfalls belehrende Hinweise mitgeschickt.
- Enge Abstimmung zwischen Stadtverwaltung und DRK, ASB sowie der ökumenischen Sozialstation, sodass Fälle sozialer Armut tendenziell gemeldet werden und die Stadt eingreifen kann. Vor allem die Wohngeldstelle sowie der Seniorenbeauftragte seien mit diesen Themen befasst.
- Bei der GeWoBau, in deren Wohnungen oftmals solche Fälle auftreten, wurde ein sog. „Kümmerer“ eingestellt, um sich solcher Angelegenheiten anzunehmen und ggf. Meldungen an die Stadt weiterzugeben.
- Asylsuchende sind über das Amt für soziale Leistungen im Fokus.
- Sensibilisierung bei und durch Schuldnerberatung.

Es werde also bereits einiges an präventiver Arbeit geleistet, auch durch Zusammenarbeit verschiedener Institutionen werde ausreichend Netzwerkarbeit betrieben.

Er macht deshalb den Vorschlag, einen entsprechenden Hinweis an die Presse zu geben, um auf diesem Wege noch einmal mehr Menschen auf die bestehenden Möglichkeiten aufmerksam zu machen. Vom Bund selbst werde kein Material zur Verfügung gestellt, für solches müsse die Stadt grundsätzlich selbst die Kosten tragen. Dies sei aber angesichts der geschilderten Beratungssituation nicht so sinnvoll, wie eine breite Veröffentlichung der Informationen durch die Zeitung. Mit einer solchen Pressemitteilung halte er den Antrag für aufgearbeitet.

Der Stadtrat zeigt sich damit einverstanden und fasst **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Die Möglichkeiten der Beratung bzw. Aufklärung zur Prävention von Altersarmut sollen durch die Presse breit bekannt gemacht werden, um Menschen, die entsprechende Hilfen suchen und brauchen, gezielt aufmerksam zu machen.

18. Sitzung des Stadtrates am 25.05.2016

Abstimmungsergebnis:

Ja:	34
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 34 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:

Büro I

Amt 10

Pressestelle

18. Sitzung des Stadtrates am 25.05.2016

Punkt 9: **(öffentlich)**

Antrag: VHS Zweibrücken / Perspektive Integrationskurse
Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
Vorlage: 10/0466/2016

Ratsmitglied Schanne-Raab trägt vor, am 10. Mai habe ein Gespräch mit Herrn Kafitz stattgefunden, der als Regionalkoordinator Integration vom BAMF vor Ort war, um aus seiner Sicht die aktuelle Situation in Zweibrücken zu beurteilen.

Infolgedessen wurde der Antrag formuliert, um die Stadt zur Entwicklung eines Konzeptes aufzufordern, das die Zusammenarbeit der verschiedenen Institutionen in Zweibrücken in Bezug auf Flüchtlings- und Integrationsarbeit regelt. Darüber hinaus sei die Integrationsarbeit primär Aufgabe des Bundes, der für die entsprechenden Maßnahmen vollständig die Kosten trage. Demnach würde für die Stadt keine finanzielle Belastung entstehen.

Der Vorsitzende ist der Meinung, diese Aufforderung sei aus dem Inhalt des Antrages nicht hervorgegangen, vielmehr verstehe man den Text so, dass die Arbeit der Volkshochschule noch weiter ausgebaut werden solle. Diesbezüglich sei bereits im Stadtvorstand besprochen worden, dass es sich um eine Volkshochschule mit Anteilen an Integrationsarbeit handle und nicht umgekehrt.

Zum Vergleich mit anderen Gebietskörperschaften wurde den Ratsmitgliedern vorab eine Tischvorlage mit Anhang zur Verfügung gestellt, in dem die angebotenen Kurse der umliegenden Städte und Kreise verglichen werden. Daraus gehe eindeutig hervor, dass in Zweibrücken mit Abstand die meisten Kurse stattfinden, obwohl es sich um die kleinste Gemeinde handle.

Der Vorsitzende ist der Auffassung, dass in Zweibrücken im Bereich Integration sehr gute Arbeit geleistet werde, auch in erfolgreicher Zusammenarbeit mit verschiedenen anderen Institutionen. Der Aufwand vor Ort sei im Vergleich zur Größe der Kommune unverhältnismäßig größer als bei vielen anderen. Jetzt sei es am Bund, etwas zu regeln und Träger zu suchen, dies sei nicht Aufgabe der Stadt oder der Volkshochschule. Ebenso könne nicht alles aufgefangen werden, was an anderen Stellen versäumt werde.

Darüber hinaus sei bei solchen „100%-Förderungen“ erfahrungsgemäß damit zu rechnen, dass die Kosten nach gewisser Zeit nicht mehr vom Bund übernommen, sondern die Kommunen nachträglich in die Pflicht genommen werden, die Maßnahmen selbst zu finanzieren.

Aus genannten Gründen schlägt er vor, den Antrag zurückzuweisen.

Ratsmitglied Schanne-Raab ist der Meinung, man könne nicht einfach trennen zwischen Integrationskursen und Bildungsarbeit der Volkshochschule. Die VHS habe vom Bildungskonzept her eine Aufgabe für alle Bürger, egal ob deutsch oder mit Migrationshintergrund. Hierzu gehören neben anderen Sprach- oder Bildungskursen auch Integrationskurse.

Die Ratsmitglieder Wilhelm, Kaiser, Gauf und Hemmer schließen sich der Meinung des Vorsitzenden an. Es sei nicht Aufgabe der Stadt, Konzepte zu entwickeln, sondern des Bundes. Dies sei klar zu trennen. Auch bezüglich der Folgekosten, wenn eine Förderung irgendwann ausbleibt, bestehen Bedenken. Es sollten andere Träger herangezogen werden, da nicht alles durch die VHS alleine getragen werden kann und vor Ort genug geleistet werde.

Der Vorsitzende fasst zusammen, die Volkshochschule werde dabei unterstützt, so weiter zu arbeiten wie bisher, allerdings sollte der Umfang nicht erhöht werden. Er stellt zur Abstimmung

18. Sitzung des Stadtrates am 25.05.2016

mung, den Antrag zurückzuweisen und keine weiteren Mittel hierfür in den Haushaltsplan der Stadt aufzunehmen.

Der Stadtrat fasst mehrheitlich folgenden

Beschluss:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird zurückgewiesen. Es werden keine entsprechenden Mittel in den Haushalt der Stadt Zweibrücken aufgenommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	29
Nein:	3
Enthaltung:	2

An der Abstimmung nahmen 34 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:

Büro I

Amt 10

Amt 41

18. Sitzung des Stadtrates am 25.05.2016

Punkt 10: **Vollzug des § 94 Abs. 3 GemO, Annahme von Spenden**
(öffentlich) **Vorlage: 10/0452/2016**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Der Annahme folgender Spenden wird zugestimmt:

1. Die Stiftung der Sparkasse Südwestpfalz spendet dem Kultur- und Verkehrsamt 3.000,00 € für das Projekt „Klassik nah dran! – Junge Musiker für ein junges Publikum“ im Rahmen der Theater- und Konzertspielzeit der Stadt Zweibrücken 2016/2017.
2. Die GeWoBau verlängert die Gestattung, die es dem Beirat für Migration und Integration erlaubt, kostenfrei eine Wohnung (ca. 80 m²) in der Ontariostraße 21 zur Spendenlagerung zu nutzen, bis zum 31.10.2016. Der Mietwert für diesen zusätzlichen Zeitraum (01.07.2016 – 31.10.2016) beträgt 800,00 €.
3. Die Firma Rossmann, Filiale Blieskastel, spendet dem Jugendamt Ostersachen im Wert von ca. 100,00 € für die Kita Arche Kunterbunt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	34
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 34 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:

Amt 10
Amt 20
Amt 41
Amt 51

Punkt 11: **Anfragen von Ratsmitgliedern**
(öffentlich)

1 **Anfrage von Ratsmitglied Gauf**

Einladung Vorstand LVIM

Ratsmitglied Gauf bittet darum, die Vorstandsspitze des LVIM zu einer Sondersitzung des Stadtrates einzuladen, damit über die Entwicklungen in Zusammenhang mit dem evangelischen Krankenhaus berichtet werden könne.

Antwort der Verwaltung

Der Vorsitzende wird eine solche Einladung schriftlich vornehmen.

2 **Anfrage von Ratsmitglied Rimbrecht**

Sachstandsbericht evangelisches Krankenhaus

Ratsmitglied Rimbrecht bezieht sich auf eine Anfrage bezüglich der Situation des evangelischen Krankenhauses, die er bereits vor ab per E-Mail an die Verwaltung gesendet hatte.

Antwort der Verwaltung

Der Vorsitzende antwortet, die Mail sei an die zuständige Stelle weitergeleitet worden, mittlerweile liege eine Antwort des Innenministeriums vor. Diese wird den Ratsmitgliedern während der Sitzung in Papierform ausgeteilt.

Zu den einzelnen Antworten des Ministeriums kann die Verwaltung keine weitere Auskunft geben, da es sich um andere Zuständigkeiten handelt. Die Fragen müssten im Detail an Vertreter des LVIM gestellt werden, wenn diese einer Einladung der Stadt folgen und zu einer Sitzung kommen.

3 **Anfrage von Ratsmitglied Nunold**

Sozialausweise

Ratsmitglied Nunold möchte wissen, wie viele Sozialausweise nach aktuellem Stand an Jugendliche unter 18 ausgegeben worden sind.

Antwort der Verwaltung

Die Beantwortung dieser Anfrage erfolgt *schriftlich*.

4 Anfrage von Ratsmitglied Kaiser

Ehemaliges Altenheim „Bickenalb“

Ratsmitglied Kaiser fragt nach, ob es Pläne für die weitere Verwendung des ehemaligen Altenheimes „Bickenalb“ gebe.

Antwort der Verwaltung

Der Vorsitzende berichtet, es gebe eine Kostenschätzung über 500.000,00 €. Derzeit gebe es drei Interessenten, mit denen Besichtigungstermine stattfinden. Darüber hinaus müsse die weitere Entwicklung abgewartet werden.

5 Anfrage von Ratsmitglied Weber

Investitionen durch John Deere

John Deere habe angekündigt, 200 Mio. € für den Bau einer Brücke zu investieren. Er fragt, die der aktuelle Stand sei, da er von Problemen der Firma gehört habe.

Antwort der Verwaltung

Nach Wissensstand des Vorsitzenden seien alle Investitionen getätigt.

Ratsmitglied Dirk Schneider regt abschließend an, es sei sinnvoll, bei den auf der Homepage erhältlichen Anträgen auf Grundsicherung die entsprechende Büronummer der Sachbearbeitung zu vermerken.

Verteiler:

Amt 10
Amt 50
WiFö

18. Sitzung des Stadtrates am 25.05.2016

Der Vorsitzende bedankt sich bei den Anwesenden für die Mitarbeit und schließt die Sitzung um 18:45 Uhr.

Der Vorsitzende

Kurt Pirmann

Die Schriftführer

Richard Körner

Luca Marie Brand